

## Unterrichtung durch die Bundesregierung

### Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis	Seite
<b>Einführung</b> .....	3
<b>Lateinamerika und sein Entwicklungspotential</b> .....	3
<b>Kapitel 1:</b>	
Außen- und Sicherheitspolitik, Europäische Dimension, Auswärtige Kulturpolitik, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Öffentlichkeitsarbeit, Bekämpfung von Drogenkriminalität .....	6
1. Politischer Dialog .....	6
2. Europäische Dimension .....	6
3. Friedenssicherung, Sicherheits- und militärpolitischer Dialog .....	7
4. Auswärtige Kulturpolitik .....	7
5. Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit (WTZ) .....	8
6. Politische Öffentlichkeitsarbeit .....	8
7. Bekämpfung der Drogenkriminalität .....	8
<b>Kapitel 2:</b>	
Wirtschaft, Berufliche Bildung, Umwelttechnologie, Verkehr, Energie, Telekommunikation .....	9
1. Verstärktes Engagement der Wirtschaft .....	9
2. Offene Märkte – Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen EU – Lateinamerika ..	9
3. Außenwirtschaftliches Förderinstrumentarium .....	9
4. Berufliche Bildung .....	11
5. Umwelttechnologie .....	11
6. Verkehrssektor .....	11
7. Energiesektor .....	11
8. Telekommunikation .....	11

	Seite
<b>Kapitel 3:</b>	
Entwicklung und Umwelt: Verbesserung der Rahmenbedingungen, Armutsbekämpfung, Bildung, Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Drogenprävention .....	12
1. Ziele und Rahmenbedingungen .....	12
2. Leistungen .....	12
3. Schwerpunkte .....	12
4. Umweltschutz .....	13
5. Drogenprävention .....	14
6. Städtische Agglomerationen .....	14

## Zur Einführung

**Lateinamerika** \*) ist für Deutschland politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich, entwicklungs- und umweltpolitisch, kulturell und nicht zuletzt menschlich eine **wichtige Partnerregion**.

Ein **stärkeres Engagement Deutschlands wird von den Ländern Lateinamerikas ausdrücklich gewünscht**. Deutschland genießt dort, auch begründet durch die Leistungen, die seit Jahrhunderten deutsche Auswanderer, Kaufleute, Unternehmer, Wissenschaftler und Künstler erbracht haben, **Ansehen und Vertrauen**.

Heute prägen **veränderte Realitäten** die Region. Diese bieten **neue Perspektiven** größerer Gemeinsamkeit und engerer Zusammenarbeit zwischen uns als Deutschen und Europäern und den lateinamerikanischen Partnern. Die sich daraus ergebenden Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen und notwendige Folgerungen für das deutsche Engagement von heute und morgen zu ziehen, war – neben anderen Aktivitäten – bereits Schwerpunkt zweier **Konferenzen der deutschen Botschafter** in der Region.

Diese Aufgabe stellt sich jedoch nicht nur der amtlichen Politik, sondern auch der Wirtschaft und Wissenschaft sowie allen an Lateinamerika interessierten gesellschaftlichen Gruppen. Um die verschiedenen Aktivitäten zur Förderung des deutschen Engagements in Lateinamerika bestmöglich zu bündeln,

wurde ein gemeinsames Vorgehen, eine gemeinsame **Lateinamerika-Initiative** für notwendig erachtet. Im Juni 1994 wurde mit der Gründung eines **„Gesprächskreises Lateinamerika“**, in dem Spitzenverbände der Wirtschaft und Ressorts sowie Auslands-handelskammern vertreten sind, ein Forum geschaffen, in dem gemeinsame Aktivitäten entwickelt und in die Praxis umgesetzt werden. Die deutsche **Lateinamerikaforschung** hat die Lateinamerika-Initiative wesentlich unterstützt.

Darauf aufbauend bestand Konsens, alle Aktivitäten in ein Gesamtkonzept zusammenzuführen. Das vorliegende **Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung** ist zugleich Zielvorgabe für die amtliche Politik und Angebot zum Dialog nach innen und außen.

In einem ersten Abschnitt werden aktuelle **Entwicklungen und künftige Tendenzen** beschrieben, die die Bundesregierung ihrer Politik zugrunde legt. Sodann werden **Handlungsschwerpunkte** der Bundesregierung aufgezeigt, die die einzelnen Ressorts in ihrem Verantwortungsbereich umsetzen und deren etwaige finanzielle Auswirkungen durch Umschichtungen innerhalb der jeweiligen Einzelpläne des Bundeshaushalts aufgefangen werden.

In einem gesonderten Band mit Materialien, Statistiken und Schaubildern werden ergänzende Informationen über die Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika gegeben.

## Lateinamerika und sein Entwicklungspotential

Bei der Konzeption einer modernen Lateinamerika-Politik an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert geht die Bundesregierung von folgenden aktuellen Entwicklungen und zukünftigen Tendenzen aus:

### 1. Auf dem Weg zum Frieden

Das Lateinamerika erlebt heute nur noch vereinzelte innen- und zwischenstaatliche bewaffnete Auseinandersetzungen. Die aus der Kolonialzeit ererbten oder mit der Unabhängigkeit entstandenen **Grenzkonflikte sind weitgehend entschärft** und werden zunehmend durch Verhandlungen oder Schiedssprüche ausgeräumt. Die durch den Kalten Krieg überlagerten **innerstaatlichen Konflikte** wurden mit Hilfe der Völkergemeinschaft beigelegt oder sind auf gutem Wege zu **Verhandlungslösungen**.

\*) Der Begriff umschließt im folgenden die Länder der Karibik.

Die Mannschaftsstärke und militärische Ausrüstung der Streitkräfte in Lateinamerika werden weiter vermindert. Verteidigungshaushalte und Rüstungskäufe liegen im internationalen Vergleich niedrig. Zugleich suchen die Streitkräfte angesichts schwindender innerer und äußerer Bedrohung neues Profil, z. B. in Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Reformansätze widmen sich der Rolle der Streitkräfte in der Gesellschaft und der des Bürgers in den Streitkräften.

### 2. Demokratie und Rechtsstaat

Angesichts einer durch autoritäre Regime geprägten Geschichte Lateinamerikas bedeutet die Redemokratisierung in der Hemisphäre einen **qualitativen Schritt nach vorn**. Hohe Wahlbeteiligung in einigen Staaten und Ablösung überkommener Parteistrukturen in anderen weist auf wachsendes Vertrauen bei-

ter Bevölkerungsschichten in den demokratischen Prozeß. Er wird zunehmend durch eine auch in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verkörperte **regionale Solidarität** abgestützt. Autoritäre Rückschläge werden, wenn nicht ausgeschlossen, so doch unwahrscheinlicher. Die meisten Staaten profilieren sich auch in ihrer inneren Entwicklung als stabile, langfristig berechenbare Partner.

Parallel dazu ist der Zug der **Modernisierung überkommener Strukturen** unverkennbar: Reformen zielen auf transparente Wahlverfahren, ein rechtsstaatliches Justiz- und Polizeiwesen sowie mehr Ethik und Effizienz in der öffentlichen Verwaltung. Auch hier bildet sich eine Solidarität in der Hemisphäre, die auf gleichgerichteten Fortschritt dringt, etwa im Kampf gegen die Korruption, den Terrorismus und die Drogenmafia.

### 3. Menschen- und Bürgerrechte

**Fortschritte beim Ausbau des Rechtsstaats** und bei der Demokratisierung der politischen Systeme lassen auch **menschenrechtliche Verbesserungen** erwarten. Heute sind die „von oben“ angeordneten massiven Menschenrechtsverletzungen überwunden. **Problembereiche** bleiben die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Modernisierung der Sicherheitskräfte sowie die Praxis der Kriminalitätsbekämpfung (einschließlich des Strafvollzugs). Für menschenrechtswidrige Übergriffe werden auch weiterhin Schuldige nicht oder nicht ausreichend zur Verantwortung gezogen (**Impunidad**).

Eine kritische Herausforderung für einige Staaten sind rechtliche und soziale **Verbesserungen für die indigenen Bevölkerungen**. Hier müssen angesichts steigenden Erwartungsdrucks jahrhundertalte Verwerfungen rasch überwunden werden.

Die **Länder Lateinamerikas teilen den Konsens über die universellen Menschenrechte** und tragen zur weltweiten Durchsetzung bei. Internationale Mobilisierung (z. B. Jahrzehnt der indigenen Bevölkerung) und nationale Bewußtseinsbildung (insbesondere die wachsende Aktivität von Menschenrechtsorganisationen) werden weiteren Fortschritten auf menschenrechtlichem Gebiet den Weg ebnen.

### 4. Wirtschaftliches Wachstum und soziale Herausforderungen

**Lateinamerika** gehört weltweit zu den dynamischen **Wachstumsregionen**. Mit seinen rd. 450 Mio. Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von über 1 Billion US-\$ stellt es einen bedeutsamen Markt dar. 1994 führte Lateinamerika Waren im Wert von rd. 170 Mrd. US-\$ ein.

Die **Wirtschaftspolitik** der einzelnen Staaten Lateinamerikas baut seit Ende der 80er Jahre zunehmend auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen auf. **Marktöffnung, Liberalisierung und Privatisierung** sowie **Haushaltssolidierung** haben zu sichtbaren Erfolgen geführt. Einzelne Volkswirtschaften entwickeln

sich seit Anfang der 90er Jahre mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten. Die hohen Inflationsraten, bisher eines der Hauptübel Lateinamerikas, konnten in den meisten Ländern entscheidend gesenkt werden.

Die Importliberalisierung hat jedoch in vielen Fällen zu Handels- und Leistungsbilanzdefiziten geführt, die nur durch hohe Netto-Kapitalzuflüsse aus dem Ausland ausgeglichen werden konnten. Die Finanzkrise in Mexiko Ende 1994, wo diese Zuflüsse großteils aus kurzfristigen Anlagen bestanden, zeigt die noch vorhandenen **Risiken trotz erfolgreicher Reform- und Stabilisierungspolitik**. Um einer möglichen Gefährdung dieser Politik in Lateinamerika und darüber hinaus entgegenzuwirken, ist entschlossenes Handeln der Länder Lateinamerikas und ihrer Partner weltweit erforderlich: Sowohl konsequente Fortführung der Strukturreform und einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik als auch enge Zusammenarbeit zur Vermeidung, falls erforderlich, zur Behebung kritischer Ungleichgewichte.

In diesem Zusammenhang darf auch das **soziale Konfliktpotential** nicht vernachlässigt werden. Die ärmeren Bevölkerungsschichten – nach VN-Statistiken zum Teil mehr als 40 % der Gesamtbevölkerung – haben am wirtschaftlichen Aufschwung kaum teilgenommen, **Arbeitslosigkeit und Armut** steigen in einigen Staaten an. Um hier nachhaltig gegenzusteuern, werden lateinamerikanische Regierungen in den kommenden Jahren die Sozialausgaben erhöhen und die **soziale Integration** fördern müssen, eine Aufgabe, die am ehesten auf der Grundlage einer Wachstumswirtschaft zu lösen sein wird.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß – wenn die Reform- und Stabilisierungspolitik entschlossen vorangebracht und die sozialen Ungleichgewichte Schritt für Schritt abgebaut werden – die **insgesamt günstigen wirtschaftlichen Grundtendenzen** sich fortsetzen werden.

### 5. Kontinent zunehmender Integration

Maßgeblich gefördert wird die günstige Wirtschaftsentwicklung durch einen **fortschreitenden Integrationsprozeß und deutlich gesteigerten intraregionalen Handel**. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung im MERCOSUR (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) sowie in der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA. Aber auch die Länder des Anden-Pakts und der zentralamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft suchen neue Integrationsimpulse. Der kürzliche Hemisphärengipfel von Miami hat das ehrgeizige Ziel einer Freihandelszone von Alaska bis Feuerland vorgegeben.

Wenn auch die bisherigen Integrationsansätze nicht wie in Europa Souveränitätsübertragungen einschließen, so ist doch auf mittlere Frist mit **wirtschaftlichen Großräumen mit handlungsfähigen Steuerungsinstitutionen** zu rechnen.

## 6. Kulturregion Lateinamerika

Kulturelle **Kreativität und Dynamik** werden auch in Zukunft die unverwechselbare lateinamerikanische Identität prägen. Dazu trägt bei, daß Lateinamerika ein „junger“ Kontinent ist.

Im Rahmen der Staatsreform sind auch grundsätzliche Erneuerungen auf dem Gebiet der **Erziehung und Ausbildung** sowie neue Anstrengungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und ihrer Anwendung zu erwarten. Im Selbstverständnis der Eliten und als Qualifikation für öffentliche Ämter gewinnt Hochschulausbildung im Ausland erhöhten Stellenwert.

## 7. Partnerschaft auf internationaler Bühne

Die Staaten Lateinamerikas stimmen sich außenpolitisch – vor allem in der Rio-Gruppe – immer wirksamer ab. Diese Abstimmung wird – parallel zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit – noch enger werden. Lateinamerika wird künftig geschlossener auftreten und **zunehmendes Gewicht auf internationaler Bühne gewinnen**.

Zugleich ist Lateinamerika unverzichtbarer **Partner bei der Lösung globaler Herausforderungen** und wird internationale Konferenzen auf diesen Gebieten wesentlich mitprägen.

## Kapitel 1

## Außen- und Sicherheitspolitik, Europäische Dimension, Auswärtige Kulturpolitik, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Öffentlichkeitsarbeit, Bekämpfung von Drogenkriminalität

### 1. Politischer Dialog

Die Bundesregierung wird die **politischen Beziehungen und den partnerschaftlichen Dialog** mit den Staaten Lateinamerikas zielbewußt und auf allen Ebenen ausbauen.

1.1 **Grundlagen** dieses Dialogs sind gegenseitiges **Vertrauen und Verständnis**, erwachsen aus einer langen Tradition freundschaftlicher Beziehungen, gemeinsamer geschichtlicher und kultureller Bindungen und – in jüngster Zeit besonders ausgeprägt – dem gemeinsamen Bekenntnis zu **Grundwerten**. Hierzu gehören insbesondere die Überzeugung von der Zukunftskraft repräsentativer Demokratie und offener, sozial- und umweltverträglicher Marktwirtschaften sowie der Notwendigkeit, die Menschenrechte weltweit durchzusetzen.

1.2 Kernelemente des politischen Dialogs sind **hochrangiger Besuchs Austausch und umfassende Konsultationen**. Die Bundesregierung strebt periodischen Austausch von Staats- und offiziellen Besuchen sowie verstärkte Begegnungen der Außenminister an, letztere auch unter Nutzung der **Dialogforen der Europäischen Union** mit der Rio-Gruppe, den Ländern Mittelamerikas (San José) und dem MERCOSUR sowie von Begegnungen am Rande der VN-Generalversammlung und internationaler Konferenzen.

Gegenseitige Besuche der Ressortminister, insbesondere in Verbindung mit Messen und Ausstellungen, Kongressen und internationalen Konferenzen, sollten die Besuchspalette vervollständigen.

1.3 Die Bundesregierung ermutigt **Kontakte der Parlamente** und die Bildung von **Parlamentariergruppen** sowie die Einbeziehung aller **gesellschaftlichen Gruppen** in Dialog und Zusammenarbeit, insbesondere Parteien und Stiftungen, Kirchen und Gewerkschaften, Sport- und Jugendverbände, Mittlerorganisationen für Kultur und Wissenschaft und Träger der Entwicklungshilfe.

1.4 Der im **Geist gleichberechtigter Partnerschaft** geführte politische Dialog wird neben den bilateralen Themen verstärkt auch regionale und globale einbeziehen und Gebiete engerer Zusammenarbeit aufzeigen. **Schwerpunkte** könnten dabei sein

– **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit:** Hierbei können Deutschlands spezifische Erfahrungen in Verfassungsrecht, Wahlrecht und -verfahren, bei der bundesstaatliche Gliederung, Gemeindegeldverwaltung, Finanzreform sowie bei Rechtsanpassungen im Fall von politischem und/oder wirtschaftlichem Systemwechsel thematisiert werden (vgl. hierzu auch Kapitel 3). Die Zusammenarbeit bei der Wahlbeobachtung wird ausgebaut werden.

– Im **ordnungspolitischen Dialog** gilt es, für die Marktwirtschaft in sozialer und ökologischer Verantwortung zu werben.

– **Friedenssicherung** (vgl. hierzu Nummer 3)

– **Menschenrechte:** Dabei geht es – neben der Überwindung bekannter Verletzungstatbestände – um den **Schutz benachteiligter Gruppen** sowie um Ausbau der innerstaatlichen und internationalen **Schutzmechanismen**.

– **Regionale Integration:** Deutschland und seine europäischen Partner können spezifische europäische Erfahrungen bei der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration und Zusammenarbeit – EU, WEU, Europarat – einbringen und wollen die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Regionalorganisationen enger gestalten.

– **Vereinte Nationen:** Hauptanliegen wird sein, gemeinsame Positionen zur **Reform des Sicherheitsrats** und Erweiterung seiner Mitgliedschaft zu entwickeln, sich gegenseitig in aktuellen Sicherheitsratsmaterien abzustimmen und dazu beizutragen, daß die Arbeit der Weltorganisation effizienter und transparenter wird.

– **Globale Themen:** Die Bemühungen um Liberalisierung des Welthandels, um Erhalt der Umwelt und nachhaltige Entwicklung, Frauen- und Bevölkerungsfragen, Bekämpfung von Drogenkriminalität und Terrorismus (hierzu Nummer 7) sind durch lateinamerikanische Initiativen mitgeprägt und sollten durch deutsch- bzw. europäisch-lateinamerikanische Anstrengungen vorangebracht werden.

### 2. Europäische Dimension

2.1 Die Gesamtbeziehungen zwischen Deutschland – als Mitglied der Europäischen Union – und

Lateinamerika werden durch die bestehenden **vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union und einzelnen Ländern sowie Zusammenschlüssen Lateinamerikas** wesentlich mitgeprägt.

Die Bundesregierung sieht – als traditioneller Freund Lateinamerikas – zentrale Aktionsfelder ihrer Politik darin,

- **deutsche Konzeptionen und Interessen in die Gestaltung der Beziehungen zwischen Europäischer Union und Lateinamerika einzubringen,**
- sich nachdrücklich für den weiteren Ausbau der vertraglichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika einzusetzen,
- auf europäische Beiträge zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Region hinzuwirken und
- sich für berechnigte Anliegen der lateinamerikanischen Partner einzusetzen.

2.2 Die Europäische Union hat unter **deutscher Präsidentschaft** und auf deutsche Initiative Eckdaten für die Zukunft der Beziehungen zur Region gesetzt:

- Der **Europäische Rat Essen** hat den politischen Willen zu einer **neuen, umfassenden Partnerschaft** zwischen beiden Regionen bekräftigt.
- Das **Grundlagenpapier über die Beziehungen der Europäischen Union zu Lateinamerika und zur Karibik** faßt die gemeinsame Politik zusammen.
- Verhandlungsaufträge für ein Interregionales Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten sowie den Ausbau der Beziehungen mit **Mexiko** und **Chile** wurden erteilt.

Die Bundesregierung tritt für zügige und konsequente Umsetzung dieser politischen Ziele und Vorgaben ein.

### 3. **Friedenssicherung, Sicherheits- und militärpolitischer Dialog**

3.1 Die Bundesregierung mißt der deutsch-lateinamerikanischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Friedenssicherung herausragende Bedeutung zu. Bei steigenden Anforderungen der Völkergemeinschaft, **Friedensmissionen** weltweit zu unterstützen, ist **Lateinamerika** ein **unverzichtbarer Partner**. Dabei sollen Konzeption und Praxis der **Konfliktverhütung** und **vorbeugenden Krisenbewältigung** in den Dialog einbezogen und der Erfahrungsaustausch unter den Streitkräften gefördert werden.

3.2 Die Bundesregierung wird den Staaten, die um **Integration von Streitkräften und Exkombattanten in die demokratische Gesellschaft** be-

müht sind, mit Erfahrungen und konkreter Hilfe zur Seite stehen: Dabei geht es um Aus- und Fortbildung in Zivilberufen, Ermutigung von Landzuteilung, Verankerung einer verfassungsmäßigen Rolle von Streitkräften im demokratischen Staatswesen sowie Professionalität und zeitgemäße Menschenführung innerhalb der Streitkräfte.

Die Bundesregierung plant auch eine Intensivierung der militärischen Kontakte, um durch Ausbildungshilfe und Austausch von Personal sowie durch gegenseitige Truppen-/Schiffsbesuche das wechselseitige Verständnis zu vertiefen.

3.3 Die Bundesregierung will durch Vermittlung europäischer Erfahrungen auf dem Gebiet der **Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen** dazu beitragen, daß grenzüberschreitende Konflikte ausgeschlossen und Streitkräfte in einem sicheren Umfeld weiter vermindert werden können; hierzu sind praxisnahe Seminarveranstaltungen, abgestimmt mit Bemühungen innerhalb der Europäischen Union, vorgesehen.

3.4 Nicht zuletzt sollen die lateinamerikanischen Partner für gemeinsame Unterstützung der **weltweiten Rüstungskontrollbemühungen** gewonnen werden: Für die unbefristete und unbedingte Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrags – und, wo noch nicht geschehen, für Beitritt –; für einen umfassenden nuklearen Teststopp; für das Chemiewaffenübereinkommen; für Exportkontrollen für sensitive Güter und insbesondere für Technologien, die für ABC-Waffen und Trägertechnologien relevant sein können. Wir unterstützen die lateinamerikanischen Bemühungen um baldiges Inkrafttreten des Tlatelolco-Vertrags, mit dem Lateinamerika zur kernwaffenfreien Zone werden wird.

### 4. **Auswärtige Kulturpolitik**

4.1 Die Völker Lateinamerikas stehen uns kulturell näher als die anderer Regionen des Südens. Dies ist Chance und Verpflichtung zugleich. Unsere Partner erwarten, daß die **deutsche Sprache** weiter gefördert und die **deutsche kulturelle Präsenz**, verkörpert durch Schulen, Goethe-Institute und Kulturgesellschaften, ausgebaut wird.

Die Bundesregierung wird – auch angesichts weltweiter Anforderungen und begrenzter Haushaltsmittel – **in langfristiger Perspektive eine hohe deutsche Kulturpräsenz** zu wahren bestrebt sein. Sie ist ein Schlüssel dafür, lateinamerikanische Führungskräfte von morgen zu gewinnen und ein stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft zu fördern.

Die Bundesregierung wird bestrebt sein, begrenzte Mittel optimal zu nutzen, etwa durch verstärkten Einsatz von Ortskräften bei gleichzeitigem Ausbau pädagogischer Ausbildungs-

zentren; wo nötig umzuschichten und für wechselseitige Harmonisierung von Auswärtiger Kulturarbeit mit Bildungsvorhaben der Entwicklungszusammenarbeit zu sorgen.

- 4.2 Die Bundesregierung mißt dem **Wissenschafts- und Studentenaustausch** herausragende Bedeutung zu und will dabei **verstärkt Spitzenkräfte fördern**. Angesichts weltweiter Konkurrenz der Hochschulstandorte und der Studienförderung muß – in Zusammenarbeit mit den Bundesländern – das deutsche Stipendienangebot attraktiver gemacht werden.
- 4.3 Im Sinn echter Partnerschaft wird die Bundesregierung auch künftig die **Präsentation lateinamerikanischer Kunst und Künstler** in Deutschland fördern und zur **Erhaltung wichtiger Kulturdenkmäler** in den Partnerländern beitragen.
- 4.4 Für die auswärtige Kulturarbeit wird sich die Bundesregierung um partnerschaftliche Unterstützung seitens der Wirtschaft bemühen.

#### 5. **Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit (WTZ)**

Die Bundesregierung will die traditionell engen Kontakte mit lateinamerikanischen Schwellenländern im Bereich der Wissenschaft und Forschung ausbauen. Im Zentrum steht dabei die Zusammenarbeit zwischen hochqualifizierten Forschern und Wissenschaftlern. Die derzeitigen fachlichen **Schwerpunkte** – Umweltforschung, Tropenökologie, erneuerbare Energien, Biotechnologien sowie Meeres- und Polarforschung – sind in besonderem Maße geeignet, zur **Verbesserung der Lebensbedingungen** in der Region beizutragen. Sie werden mit den Partnerländern – auch unter Berücksichtigung unserer Wettbewerbsinteressen und entwicklungspolitischen Ziele – weiterentwickelt.

Um einen **möglichst großen Wirkungsgrad** zu erzielen, wird die Bundesregierung

- sich dafür einsetzen, daß die WTZ-Mittel komplementär zu Mitteln der Entwicklungshilfe und anderer wichtiger Förderinstitutionen, insbesondere der EU, verwendet werden,
- die allgemeine Tendenz zur regionalen Zusammenarbeit nutzen und
- die Verwaltung der WTZ, die z. Z. noch von verschiedenen Stellen durchgeführt wird, in einem Internationalen Büro zusammenfassen und damit der Wissenschaft einen zentralen Ansprechpartner anbieten.

Die in Lateinamerika **engagierten Unternehmen** werden, wo immer möglich, **in die Kooperation einbezogen**, um günstige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Anwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse zu schaffen.

#### 6. **Politische Öffentlichkeitsarbeit**

- 6.1 Die Bundesregierung wird die politische Öffentlichkeitsarbeit gezielt und wirksam auf das **wachsende Interesse lateinamerikanischer Gesellschaften an deutschen und europäischen Erfahrungen** ausrichten, insbesondere auf den Gebieten des Verfassungsaufbaus, der institutionellen Reformen, der politischen und wirtschaftlichen Integration, der gerechten Sozialordnungen und des Umweltschutzes. Zugleich müssen Sachverhalte, die dem Deutschland- und Europabild abträglich sind, angesprochen und überwunden werden.
- 6.2 Die Bundesregierung wird das bewährte **Instrumentarium unserer Öffentlichkeitsarbeit** ausbauen und dem **elektronischen Medienmarkt** von heute anpassen:
- verstärkte Verbreitung deutsch-lateinamerikanischer Nachrichten in der Region,
  - mehr spanische und portugiesische Fassungen von Materialien der politischen Öffentlichkeitsarbeit,
  - größere Verbreitungen des Deutsche Welle-Fernsehens, auch in Partnerschaft mit kommerziellen Sendern Lateinamerikas,
  - bessere Informationsversorgung der deutschen Auslandsvertretungen (Ausbau von BPA-Spezial, schnellere Übertragungswege) und
  - deutsch-lateinamerikanische Seminare und Symposien zur Förderung des zwischen gesellschaftlichen Dialogs.

#### 7. **Bekämpfung der Drogenkriminalität**

Die Bundesregierung sieht in der Bekämpfung der Drogenkriminalität eine der komplexesten und zugleich dringendsten Herausforderungen, der die Völkergemeinschaft heute und morgen gegenübersteht. Die Bedrohung durch Rauschgift und illegale finanzielle Transaktionen haben Dimensionen angenommen, die es einzelnen Ländern – auf sich gestellt – unmöglich machen, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Die Bundesregierung wird deshalb – in Zusammenarbeit mit den Bundesländern – die **Handlungsfähigkeit der Behörden der inneren Sicherheit verbessern, die europäische Zusammenarbeit (Europol) energisch voranbringen und die internationale Kooperation verstärken**.

Die Zusammenarbeit mit den Regierungen insbesondere der Hauptherkunfts- und Transitländer für Kokain und in jüngster Zeit auch Heroin ist zielbewußt auszubauen. Die Bundesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten und internationalen Verpflichtungen **rechtsstaatlich geführten Drogenabwehrkampf der lateinamerikanischen Partnerländer unterstützen** (vgl. auch Kapitel 3).



## Kapitel 2

### Wirtschaft, Berufliche Bildung, Umwelttechnologie, Verkehr, Energie, Telekommunikation

#### 1. Verstärktes Engagement der Wirtschaft

**Deutschland hat traditionell eine starke Marktposition in Lateinamerika.** Es ist wichtigster Handelspartner Lateinamerikas innerhalb der EU; weltweit liegt es an dritter Stelle nach den USA und Japan. Auch bei den Investitionen nimmt Deutschland innerhalb der EU mit Abstand die erste Position ein; weltweit steht es, nach den USA, an zweiter Stelle. Allerdings ist der Netto-Transfer von Investitionskapital aus Deutschland nach Lateinamerika in jüngster Zeit relativ unbedeutend gewesen. Deutsche Unternehmen haben sich kaum an Privatisierungen in Lateinamerika beteiligt. Der internationale Wettbewerb um die Märkte in Lateinamerika hat sich verschärft. Es bedarf verstärkter Anstrengungen, um die deutschen Marktanteile zu erhalten und auszubauen.

Die Bundesregierung setzt sich deshalb nachdrücklich für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Lateinamerika ein. Sie legt großen Wert auf enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft bei der Umsetzung des Lateinamerika-Konzepts. Der Gesprächskreis Lateinamerika kann hierbei eine wichtige Koordinierungsfunktion übernehmen.

#### 2. Offene Märkte – Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen EU – Lateinamerika

Die Bundesregierung tritt auch nach der erfolgreich abgeschlossenen Uruguay-Runde für eine weitere Liberalisierung von Handel und Investitionen ein. Große Aufmerksamkeit gebührt dabei dem zunehmend wichtigen Dienstleistungshandel. Die weitere multilaterale Liberalisierung wird die Aufgabe der neuen Welthandelsorganisation (WTO) sein.

Die Bundesregierung begrüßt die regionalen Integrationen in Lateinamerika und die Bemühungen um eine die ganze westliche Hemisphäre umfassende Freihandelszone. Regionale Zusammenarbeit und multilaterales Handelssystem müssen sich gegenseitig ergänzen und fördern.

Die Bundesregierung setzt sich auch für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika ein. Dabei ist auch dem lateinamerikanischen Interesse an weiterer Markttöffnung in Europa Rechnung zu tragen.

Auf dem Agrarsektor ist Lateinamerika bereits jetzt mit Abstand wichtigster Lieferant in die EU, wobei Deutschland größter Abnehmer der Agrarerzeugnisse ist. Die lateinamerikanischen Staaten erzielen einen beträchtlichen Außenhandelsüberschuß im Agrarhandel mit Deutschland. Durch die Beschlüsse der Uruguay-Runde für den Agrarsektor erscheint eine weitere Ausweitung des Agrarhandels mit Lateinamerika möglich. Die wachsende Kaufkraft auf den Märkten Lateinamerikas läßt Marktpotentiale entstehen, die verbesserte Absatzchancen für die deutsche Ernährungsindustrie eröffnen.

Die bestehenden Abkommen mit lateinamerikanischen Ländern, insbesondere die sog. Kooperationsabkommen der dritten Generation, sollten voll ausgeschöpft werden. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung das Ziel, den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Investitionen weiter zu erleichtern. Entscheidend wird es sein, die europäische und in diesem Rahmen die deutsche Wirtschaft vor Nachteilen zu bewahren, die sich für Drittländer aus der präferentiellen Behandlung der Mitglieder von Zollunionen (z. B. MERCOSUR) und Freihandelszonen untereinander ergeben.

#### 3. Außenwirtschaftliches Förderinstrumentarium

Die Bundesregierung wird das wachsende Interesse und Engagement der deutschen Wirtschaft in Lateinamerika mit ihrem außenwirtschaftlichen Förderinstrumentarium begleiten. Die Instrumente sollen dem Bedarf entsprechend verstärkt und den Entwicklungen, z. B. der zunehmenden regionalen Integration, angepaßt werden. Die außenwirtschaftlichen Aktivitäten von Bund, Wirtschaftsverbänden und Bundesländern sollen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig unterstützen. Alle ins Ausland entsandten Kräfte tragen zu umfassendem Informationsaustausch und enger Abstimmung bei.

##### 3.1 Verstärkte Präsenz der deutschen Wirtschaft in Lateinamerika:

Die aktivere Wahrnehmung deutscher Wirtschaftsinteressen soll durch verstärkte Entsendung von Wirtschaftsdelegationen und durch Lateinamerika-Konferenzen, beginnend mit einer Konferenz in Buenos Aires im Jahre 1995, unterstützt werden. Die bilateralen Wirtschaftskommissionen bieten ein ständiges Forum für Unternehmerkontakte und die Erörterung konkreter Probleme.

- 3.2 **Mittelstandsförderung:** Die Bundesregierung wird mit ihrem Instrumentarium insbesondere das Engagement der mittelständischen Wirtschaft fördern. Die Bemühungen der Bundesregierung könnten durch die Einsetzung von Mittelstandsbeauftragten bei einzelnen Auslands-handelskammern unterstützt werden. Die deutschen mittelständischen Unternehmen werden verstärkt über die Chancen in Lateinamerika unterrichtet werden.
- 3.3 **Auslandsvertretungen:** Die deutschen Botschaften und Konsulate in Lateinamerika werden die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit allen Kräften begleiten und politisch unterstützen.
- 3.4 **Auslandshandelskammern:** Das **dichte Netz der bilateralen Auslandshandelskammern** in Lateinamerika muß im Interesse einer verstärkten Zusammenarbeit intensiver genutzt werden. Die Kammern werden ihr **Service-Angebot**, insbesondere **für mittelständische Unternehmen**, weiter verbessern, ihre Aus- und Weiterbildungsaktivitäten ausbauen und die Zusammenarbeit mit deutschen Messegesellschaften verstärken. Auch sollen sie nach Möglichkeit bei der Vorbereitung bilateraler Wirtschaftskommissionen beteiligt werden. Die Bundesregierung begrüßt eine **engere regionale Zusammenarbeit der Kammern** durch computerge-stützten Datenaustausch.
- 3.5 **Deutsche Industrie- und Handelszentren:** Die Bundesregierung ist bereit, in Kooperation mit interessierten Bundesländern und der deutschen Wirtschaft, insbesondere mit den Aus-landshandelskammern, die Errichtung deut-scher Industrie- und Handelszentren auch in Lateinamerika zu unterstützen. Die Kammer in Sao Paulo ist dabei, zur Verstärkung der Ausbil-dungsleistungen ein Technologiezentrum auf-zubauen.
- 3.6 **Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI):** Die BfAI hat ihre Berichterstattung über Lateinamerika in jüngster Zeit spürbar ver-stärkt. Fünf **Lateinamerika-Korrespondenten** der BfAI berichten, unterstützt von lokalen Mit-arbeitern, über die Marktentwicklung. Die BfAI bereitet die Herausgabe eines 14tägig erschei-nenden Lateinamerika-Regionaldienstes vor.
- 3.7 **Messen und Ausstellungen:** Nach der TECH-NOGERMA MEXICO '94 wird die FEBRAL '95 – Deutsch-Brasilianische Technologieausstellung im Mercosul – im November 1995 in Sao Paulo ein weiterer Höhepunkt **aktiver Messepolitik der Bundesregierung** in Lateinamerika sein. Die Bundesregierung wird in Abstimmung mit der Wirtschaft weitere Firmengemeinschafts-beteiligungen – insbesondere bei den sich entwickelnden Fachveranstaltungen – in das offizielle Auslandsmesseprogramm aufnehmen. Auslandshandelskammern und BfAI werden verstärkt bei Vorbereitung, Durchführung und Nachbetreuung von Messen tätig sein.
- 3.8 **Außenwirtschaftliche Informations- und Bera-tungsveranstaltungen:** Das BMWi fördert au-ßenwirtschaftliche Informations- und Kontakt-veranstaltungen, die als **Unternehmertreffen**, **Exportförderseminare** in Verbindung mit **Work-shops** und/oder **Kooperationsbörsen** mit auslän-dischen Institutionen und Einrichtungen durch-geführt werden.
- 3.9 **Umschuldungen:** Die Bundesregierung hat im Rahmen des Pariser Clubs aktiv an den Bemü-hungen der Gläubigerregierungen zur Lösung der Verschuldungsprobleme vieler Länder der Region teilgenommen. In wichtigen lateiname-rikanischen Partnerländern haben die Umschul-dungen des Pariser Clubs und der im Londoner Club kooperierenden Banken eine wesentliche Voraussetzung zur wirtschaftlichen Gesundung und der beginnenden Normalisierung interna-tionaler Finanzbeziehungen geschaffen. Die mexikanische Peso-Krise hat gezeigt, daß Risi-ken fortbestehen und nachhaltige strukturpoli-tische Reformen erforderlich sind, um dauer-hafte Lösungen zu erreichen. Soweit Länder den Umschuldungsprozeß noch nicht beendet haben, wird – bei Fortsetzung der Reformbemü-hungen dieser Länder – die Bundesregierung etwaige Aktionen des Pariser Clubs zur Lösung der Probleme weiterhin aktiv unterstützen.
- 3.10 **Exportkreditversicherung:** Das Verschuldungs-jahrzehnt in Lateinamerika hat zu hohen Ent-schädigungen aus dem Bundeshaushalt und für die von Umschuldungen betroffenen Länder zu Deckungsbeschränkungen und ungünstigen Einstufungen bei der neuen Entgeltregelung geführt. Die Bundesregierung überprüft lau-fend ihre **Deckungspolitik** und **Entgelteinstufungen nach Maßgabe der Risikoentwicklung**. Für wichtige lateinamerikanische Märkte ste-hen – der Wirtschaftskraft des jeweiligen Lan-des entsprechend – umfangreiche Deckungsmöglichkeiten zur Förderung deutscher Exporte zur Verfügung. Wichtiges Kriterium für eine Änderung der Deckungspolitik zugunsten ein-zelner lateinamerikanischer Länder ist u. a. der Verzicht auf weitere Umschuldungen. Die Bun-desregierung ist bereit, Auswirkungen aus neuen Finanzierungsformen mit der Wirtschaft zu erörtern.
- 3.11 **Investitionsförderung: Private Direktinvestitio-nen** sind ein besonders wirksames Mittel, um Märkte in den Anlageländern und angrenzen-den Regionen zu erschließen und die Präsenz in diesen Märkten zu festigen. Sie sind vielfach **Wegbereiter für ergänzende Exporte**. Gleich-zeitig leisten sie durch **Transfer von Kapital und Know-how** und unternehmerische Impulse wichtige Beiträge zur Entwicklung der Wirt-schaftsstrukturen und zur Erweiterung der Pro-duktions-, in vielen Fällen auch Exportpalette. Die Bundesregierung wird sich deshalb für eine **weitere Öffnung für Auslandsinvestitionen**, auch im Dienstleistungsbereich, einsetzen. Sie ist bestrebt, das Netz der **Verträge zum Schutz und zur Förderung von Investitionen** und zur

**Vermeidung der Doppelbesteuerung** weiter auszubauen. Sie wird weiter darauf drängen, daß noch vorhandene Diskriminierungen gegenüber Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in einzelnen lateinamerikanischen Ländern unverzüglich abgebaut werden. Die **deutsche Wirtschaft sollte sich stärker** als bisher an den noch anstehenden **Privatisierungen in Lateinamerika beteiligen**.

- 3.12 **Schutz geistigen Eigentums:** Die Vereinbarungen im Rahmen der Uruguay-Runde zum Schutz geistigen Eigentums sollten möglichst schnell umgesetzt werden. Die Bundesregierung wird sich in den bilateralen Kontakten mit einzelnen lateinamerikanischen Ländern für den erforderlichen Schutz, insbesondere einen befriedigenden Patent- und Warenzeichenschutz, einsetzen.
- 3.13 **Normen, Zertifizierung:** Mit der wachsenden Einbindung in die Weltwirtschaft wachsen auch in den Staaten Lateinamerikas die Anforderungen an einen hohen Standard im Meß-, Normen-, Prüf- und Qualitätswesen sowie bei der Akkreditierung und Zertifizierung. Die weltweite Spitzenstellung deutscher Fachinstitutionen (z. B. PTB, BAM, DIN, DGQ, TÜV) bieten die Grundlage für besondere Beziehungen über die bereits bestehende Kooperation hinaus.
- 3.14 **EU-Förderinstrumentarium:** Die finanzielle Förderung der EU von Kooperationen mit dem Ausland sollte von deutschen Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, stärker genutzt werden. Die Bundesregierung wird zusammen mit der Wirtschaft dafür sorgen, daß die Unternehmen über dieses Instrumentarium (Informationsnetze BC-Net, ECIP, AL-INVEST) besser informiert und zur Beteiligung eingeladen werden.

#### 4. Berufliche Bildung

**Ausbildung und Weiterbildung**, insbesondere gewerbliche Ausbildung, werden ein zunehmend wichtiger **Wettbewerbsfaktor**. Hier eröffnet sich ein lohnendes Kooperationsfeld zwischen Deutschland und einzelnen lateinamerikanischen Ländern. Deutschland bietet sein **Konzept der „dualen Ausbildung“** zur Qualifizierung von Fachkräften und seine Erfahrung bei der Gestaltung der beruflichen Weiterbildung an. Dies ist weiterhin ein **Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit**

(vgl. Kapitel 3). Die deutschen Unternehmen müssen ihre erheblichen Ausbildungsleistungen sichtbar machen und bedarfsgerecht weiter ausbauen. Die Auslandshandelskammern sollten in die Lage versetzt werden, ihre beruflichen Ausbildungsaktivitäten zu verstärken.

#### 5. Umwelttechnologie

Die Bundesregierung unterstützt und fördert den Transfer von Umwelttechnologie. Die **deutsche Industrie hat in der Umwelttechnologie eine führende Position in der Welt**. Hier bietet sich eine enge Zusammenarbeit mit Lateinamerika an. Dabei kommen vor allem **Unternehmenskooperationen**, aber auch Unterstützung von **Fachmessen** und -ausstellungen sowie die Einrichtung von Umwelttechnik-Schwerpunkten in deutschen Industrie- und Handelszentren bzw. Technologiezentren in Betracht. Der Umweltschutz ist ein **Schwerpunkt in der entwicklungspolitischen** und auch der **wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit**.

#### 6. Verkehrssektor

Die Bundesregierung strebt einen Ausbau der Verkehrsbeziehungen im Bereich der Luftfahrt und der Seeschifffahrt an. Die deutsche Industrie bietet eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der **modernen Verkehrstechnologie** an. Hierzu gehört insbesondere der Bau und Ausbau von Schienen-Hochgeschwindigkeitssystemen wie dem ICE und dem Transrapid.

#### 7. Energiesektor

Die seit langem bestehende enge Zusammenarbeit im Energiebereich, insbesondere im **Kraftwerksbau** und bei der Energieverteilung, soll weiter ausgebaut werden.

#### 8. Telekommunikation

Die Bundesregierung setzt sich nachdrücklich für eine schnelle Öffnung der Telekommunikationsmärkte ein. Die deutsche Industrie bietet eine Verstärkung der Kooperation beim Aufbau der Telekommunikationsinfrastruktur und der Integration in die globale Informationsgesellschaft an. Technologie- und Know-how-Transfer sind auch hier wesentliches Element einer dauerhaften Partnerschaft.

## Kapitel 3

## Entwicklung und Umwelt: Verbesserung der Rahmenbedingungen, Armutsbekämpfung, Bildung, Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Drogenprävention

### 1. Ziele und Rahmenbedingungen

**Übergreifendes Ziel** der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika ist es, die Länder der Region auf dem Weg zu einer **friedlichen und nachhaltigen Entwicklung** zu unterstützen und die **wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen** zu verbessern. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn hierfür ein entwicklungsförderndes Umfeld geschaffen wird: eine marktfreundliche und soziale Wirtschaftsordnung in ökologischer Verantwortung, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns, Achtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozeß und Rechtssicherheit.

Bei zunehmender Reformbereitschaft zahlreicher Länder der Region setzt die Bundesregierung verstärkt auf die **Verbesserung der politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen und Strukturen**. Sie kann hierzu im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wichtige Beiträge leisten. Der Unterstützung von **Reformen des Justizwesens** wird sie dabei künftig besonderen Stellenwert einräumen, da Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit wesentliche Voraussetzungen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung und verstärkte Investitionstätigkeit sind. Besondere Bedeutung kommt darüber hinaus der rechtlichen und tatsächlichen **Absicherung der indigenen Bevölkerung** zu.

### 2. Leistungen

Die deutschen bilateralen und multilateralen öffentlichen **Leistungen an Lateinamerika** belaufen sich insgesamt auf **über 1 Mrd. DM** jährlich. Davon entfallen mehr als 70 % auf die bilaterale Zusammenarbeit.

- 2.1 Die Bundesregierung wird die Entwicklung Lateinamerikas auch künftig nach besten Kräften unterstützen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist darauf ausgerichtet, Lateinamerika bei der Mobilisierung seiner großen Entwicklungsreserven in Schlüsselbereichen zu helfen. Zur **Erhöhung von Wirksamkeit und Effizienz** werden die Maßnahmen in den einzelnen Partnerländern zunehmend auf **wenige sektorale Schwerpunkte** konzentriert und dort zu Programmen vernetzt. Die Politikberatung spielt eine wesentliche Rolle. Neben den staatli-

chen Trägern werden die privaten Akteure und Nichtregierungsorganisationen verstärkt in die Entwicklungszusammenarbeit einbezogen. Die Instrumente zur **Förderung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit** werden künftig stärker genutzt. Die **ärmeren Länder** werden weiterhin sowohl mit Technischer als auch Finanzieller Hilfe (Kapitalhilfe) gefördert. In den Beziehungen mit den **fortgeschrittenen Ländern** steht die Technische Zusammenarbeit im Vordergrund. In den fortgeschrittenen Ländern kann auch das neue Instrument der **Verbundfinanzierung** eine wichtige Rolle spielen. Diese Finanzierungsform ermöglicht die Mobilisierung größerer Finanzvolumen durch die Mischung von öffentlicher **Kapitalhilfe** mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

- 2.2 Ein wichtiger Kooperationspartner für Lateinamerika ist die **Europäische Union**. Von ihren Entwicklungshilfeleistungen trägt Deutschland einen Anteil von fast 30 %. Die Bundesregierung legt großen Wert darauf, daß bei der Hilfe der Union im Verhältnis zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit die im EU-Vertrag niedergelegten Grundsätze beachtet werden: Komplementarität, Koordinierung und Kohärenz. Im Interesse der deutschen Wirtschaft achtet sie auf **größtmögliche Transparenz der Auftragsvergabe**.

Maßgebliche Beiträge zur Entwicklung Lateinamerikas leisten die **multilateralen Entwicklungsbanken** (Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank, Karibische Entwicklungsbank), die von Deutschland mitfinanziert werden. Die Bundesregierung wird in den Aufsichtsgremien weiterhin mit Nachdruck für ihre Entwicklungsziele eintreten.

- 2.3 Großes entwicklungspolitisches Gewicht haben für Lateinamerika auch ausländische **Direktinvestitionen**, Kredite der Geschäftsbanken und vor allem verbesserte Absatzmöglichkeiten im Ausland.

### 3. Schwerpunkte

Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika sind

- die Bekämpfung der Armut
- die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit

- der Aufbau eines leistungsfähigen Bildungswesens
- die Entwicklung des Ressourcen- und Umweltschutzes.

3.1 Vorrangiges Ziel der deutschen Entwicklungspolitik – auch in Lateinamerika – ist die **Bekämpfung der Armut**. Die Bundesregierung wird deshalb vor allem Maßnahmen unterstützen, die die Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsschichten direkt und indirekt verbessern. Dabei stehen die ärmeren Länder und die Armutszonen in den weiterentwickelten Ländern im Vordergrund.

Die **Förderung beschäftigungsintensiver Bereiche der Privatwirtschaft** hat in diesem Kontext besondere Bedeutung. Das Kleingewerbe im Industrie- und Dienstleistungssektor wird durch Kreditgarantien, Darlehen, Beratung und Fortbildung unter Einbeziehung der Potentiale des informellen Sektors gefördert. Geeignete Träger sind Verbände, Kammern und Sparkassen.

In vielen Ländern Lateinamerikas müssen Ansätze zur **Neugestaltung der Agrarpolitik** gefördert werden. Dazu gehören insbesondere Bemühungen um Landreformen, das Entstehen effizienter Unternehmensstrukturen, weitere Verbreitung agroförmlicher Verfahren sowie die Verbesserung der Agrarforschung, der Beratungsdienste und des Kreditzugangs für klein- und mittelbäuerliche Betriebe. Hierdurch kann auch ein erheblicher Beitrag zur Reduzierung der sozialen Probleme in Ballungsräumen geleistet werden.

Die Folgen extremer Armut werden durch die Verbesserung der sozialen Dienstleistungen (Gesundheits-, Bildungswesen, sozialer Wohnungsbau, Wasserversorgung) und die Finanzierung beschäftigungsintensiver Programme im Rahmen von Sozialfonds für die bedürftigen Bevölkerungsgruppen gemildert.

3.2 Zur **Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit** der Länder Lateinamerikas wird die Bundesregierung die Anstrengungen der Privatwirtschaft zur **Steigerung der Produktivität** unterstützen. Im Vordergrund steht die Förderung innovativer und spezialisierungsfähiger Klein- und Mittelunternehmen vor allem in den Bereichen Management, Technologie, Organisation, Qualitätskontrolle und Export.

Eine große Bedeutung kommt einem **effizienten produktionsorientierten Dienstleistungssystem** zu. Wesentlich ist dabei die Modernisierung des Kreditwesens und der Aufbau von leistungsfähigen Institutionen im Bereich des Meßwesens, der Normung, Prüfung und Qualitätskontrolle. Im Bereich der **Infrastruktur** wird Hilfe z.B. zur Verbesserung des Energie- und Transportwesens sowie im Bereich der Wasserver- und -entsorgung geleistet.

Zur **technologisch-organisatorischen Modernisierung auf Unternehmensebene** werden enge

Beziehungen zwischen Unternehmen und Hochschulen bzw. außeruniversitären Instituten im Bereich der **anwendungsorientierten Forschung** unterstützt. Als wichtiges Instrument des **Know-how-Transfers** dient dazu auch die internationale Unternehmenskooperation und die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zwischen lateinamerikanischen und deutschen Hochschulen.

3.3 **Bildung** ist eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und zur Überwindung der Armut. Bildungspolitik hat in Lateinamerika wegen des hohen Anteils Jugendlicher an der Bevölkerung einen besonderen Stellenwert.

In den fortgeschrittenen lateinamerikanischen Staaten konzentriert sich die Förderung der Bundesregierung vor allem auf die **berufliche Bildung**. In Verbindung mit Gewerbeförderungsmaßnahmen wird vor allem die Qualifizierung von mittleren Fach- und Führungskräften der Klein- und Mittelindustrie und dabei auch deren Befähigung zu selbständiger unternehmerischer Tätigkeit angestrebt. Die in einigen Ländern festzustellende Bereitschaft, ein modernes **praxisbezogenes Berufsbildungswesen (duales System)** zu entwickeln, wird mit Nachdruck unterstützt. Hierbei werden Beratungsmaßnahmen zum Aufbau leistungsfähiger Institutionen besonders berücksichtigt. Die Wirksamkeit der Aus- und Fortbildung wird durch eine enge Zusammenarbeit mit Verbänden, Kammern und Gewerkschaften erhöht. Die deutsche Wirtschaft, Bund und Länder und zahlreiche Organisationen werden auch künftig auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung beispielhafte Arbeit leisten.

In ärmeren Ländern der Region mit hoher Analphabetenrate oder großen Defiziten im Primarschulbereich wird vorrangig die **Grundbildung** gefördert. In Ländern mit hohem indigenen Bevölkerungsanteil wird dabei auch die Einführung eines muttersprachlichen Unterrichts im Rahmen der zweisprachigen Erziehung unterstützt.

Die Bundesregierung bietet ihre Kooperation im Bereich Bildungspolitik und beim Austausch von Multiplikatoren der Jugendarbeit an.

#### 4. Umweltschutz

4.1 Die Bundesregierung wird dem **Umweltschutz** in der Zusammenarbeit mit Lateinamerika weiterhin hohe Priorität einräumen. In der Region liegen Ökosysteme von globaler Bedeutung, insbesondere die **Tropenwälder**, mit erheblicher Relevanz für das globale Klima und den Erhalt der Artenvielfalt. Rasche Industrialisierung und die Bildung großer städtischer Metropolen sowie die Zunahme des Verkehrsaufkommens in **Ballungsräumen** haben zu gravierenden Umweltbelastungen geführt. Akute Probleme bestehen dort vor allem bei Luft- und

Wasserreinhaltung sowie der Abwasser- und Abfallbehandlung. Langfristig sind der Aufbau energieeffizienter Verkehrssysteme und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen von Bedeutung. Insgesamt besteht ein hoher Investitionsbedarf im Bereich der **Umwelttechnik**.

- 4.2 Im Rahmen der entwicklungs- und umweltpolitischen Zusammenarbeit fördert die Bundesregierung vor allem den **Aufbau von funktionsfähigen Umweltinstitutionen**, die **Nutzung umweltfreundlicher Technologien** sowie die an konkreten Umweltproblemen orientierte Forschung. Beratungsprogramme zielen immer mehr auf die Einbeziehung der Umweltdimension in alle relevanten Politikbereiche ab. Besonderes Gewicht hat die Unterstützung bei der Umweltgesetzgebung und deren Implementierung.

In der Landwirtschaft wird auf eine **nachhaltige, ressourcenschonende Landnutzung** hingewirkt. Im Infrastrukturbereich wird der Aufbau leistungsfähiger, energiesparsamer Verkehrs- und Transportsysteme sowie die Nutzung erneuerbarer Energiequellen gefördert. Im Industriesektor werden Vorhaben zur Einsparung und rationellen Verwendung von Rohstoffen und Energie unterstützt. Die Bundesregierung leistet wichtige Beiträge zur **Erhaltung der Tropenwälder** in Lateinamerika. Allein für das Pilotprogramm zur Bewahrung der brasilianischen Regenwälder hat die Bundesregierung bisher 314 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

Der Einsatz moderner Umwelttechnik setzt einen relativ hohen Ausbildungsstand voraus. Aus- und Fortbildung stellen deshalb sowohl in Projekten der Entwicklungspolitik als auch bei der bilateralen umweltpolitischen Zusammen-

arbeit eine wesentliche Komponente dar (vgl. Kapitel 2 Nr. 5).

## 5. Drogenprävention

Der in den Andenländern zunehmende illegale Anbau von Drogen (Koka- und Mohnpflanzen) stellt die Länder dieser Region vor große politische und wirtschaftliche Probleme. Die Bundesregierung wird im Rahmen von Programmen zur ländlichen Entwicklung weiter dazu beitragen, für die Produzenten von Drogenpflanzen **alternative und legale Einkommensmöglichkeiten** zu schaffen und damit die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der illegalen Rauschgiftpflanzenerzeugung zu bekämpfen.

## 6. Städtische Agglomerationen

In Südamerika sind die expandierenden städtischen Agglomerationen gleichzeitig ökonomische Wachstumspole, Brennpunkte sozialer Probleme und umweltpolitische Krisengebiete. Fortschritt in allen diesen Bereichen ist eng mit Fragen des Aufbaus dezentraler Verwaltungs- und Siedlungsstrukturen, eines effizienten Regionalmanagements und einer langfristig tragfähigen Entwicklung der Infrastruktur verknüpft. Aufgrund der engen räumlichen Überlagerung können sektorale Lösungskonzepte allein hier nicht erfolgreich sein.

Aufgrund ihrer Erfahrungen bei der Steuerung einer dezentralen Siedlungsstruktur kann die Bundesrepublik Deutschland zur Entwicklung einer Vielzahl dezentraler Lösungskonzepte beitragen. Die Bundesregierung bietet hierzu ihre Mitwirkung bei der Ausweitung und Intensivierung von Kontakten auf verschiedenen institutionellen Ebenen an.



